

Die COVID-19-Krise als Wendepunkt?

Infrastrukturen zwischen globalisierter Privatisierung und außenwirtschaftlicher Protektion

Oiver Prausmüller

Einleitung

Krisen können Gesellschaften dazu zwingen, sich ihrer alltäglichen Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten bewusster zu werden. Zweifellos führt die COVID-19-Pandemie das gegenwärtig auf besonders markante Weise vor Augen. „Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind“, hieß es frühzeitig in der Pandemiebekämpfung. Die große Tragweite von zwangsläufigen gesellschaftlichen Interdependenzen – vom sozialen Maskenverhalten in der U-Bahn über die pandemiebedingte Abschirmung kritischer Infrastrukturen bis zur wirtschaftlichen Anfälligkeit globalisierter Lieferketten – mag damit zwar mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt sein. Doch der bisherige Krisenverlauf erinnert auch daran, dass derartige Aufmerksamkeitsfenster nicht nur schnell geöffnet, sondern auch wieder rasch geschlossen werden können.

Das gilt nicht weniger für die angestoßenen außenwirtschaftspolitischen Diskussionen zur Neubewertung polit-ökonomischer Prioritäten: Sie werden angesichts der COVID-19-Krise vermehrt unter Gesichtspunkten wie Versorgungssicherheit, Krisenvorsorge und -resilienz sowie strategisch autonomer Handlungsfähigkeit geführt. In Infrastrukturpolitiken laufen dabei augenscheinlich sowohl offensive als auch defensive Interessen zusammen. Das hat gegenwärtig viele Gesichter: Nach jahrzehntelanger neoliberaler Demontage gilt die chronische Unterfinanzierung der US-Infrastruktur beispielsweise zunehmend als Wettbewerbs- und Sicherheitsrisiko im verschärften Hegemoniekonflikt mit China: „if we don’t get moving, they’re going to eat our lunch“, hieß es dazu eindringlich von US-Präsident Biden im politischen Werben für sein Investitionsprogramm (Macias 2021). Lange vor der COVID-19-Krise häuften sich zudem Warnungen vor neoliberalen Reformruinen (Crouch 2011) und gesellschaftliche Gegenbewegungen zu den handelspolitisch forcierten Expansionsstrategien globaler Dienstleistungs- und Infrastrukturkonzerne (wie etwa durch die EU im Wasserbereich). Dazu treten die vermehrten Appelle, versorgungskritische Infrastrukturen als Fundamente von Wirtschaft und Gesellschaft politisch besser zu schützen und gegenüber einem „Ausverkauf“ abzusichern (Bärnthaler/Novy/Plank 2021; EC 2020). Die schwer abschätzbare Tragweite der COVID-19-Krise wirft dabei Fragen nach Kontinuitäten und Brüchen auf. Öffnen sich gerade Möglichkeitsfenster für das Zurückdrängen von oder gar den Bruch mit globalisierten Politiken der Privatisierung und Markterweiterung? Erleben wir gegenwärtig eine Neubegründung des Öffentlichen – und damit auch von Politiken zum Schutz und Ausbau öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen? Handelt es sich bei der COVID-19-Krise möglicherweise um eine Art „game changer“, wird ihre polit-ökonomische Ausstrahlungskraft grundsätzlich überschätzt oder ist sie zuvorderst ein Verstärker von ohnehin bereits ablaufenden Krisenprozessen? (Babić 2021). Diese Fragen lassen sich im Angesicht der fortlaufenden COVID-19-Krise kaum beantworten.

Doch diese vorläufigen, skizzenhaften Bearbeitungen widmen sich dem Versuch, dafür weiterführende Orientierungspunkte zu gewinnen. Das Interesse gilt dabei den Möglichkeiten und Hindernisse für eine Neuordnung außenwirtschaftspolitischer Prioritäten in der Daseins- und Infrastrukturvorsorge. Dafür richtet sich der Fokus insbesondere auf das Terrain der Handels- und Investitionsliberalisierung.

Ein erster Schritt widmet sich der Einbettung aktueller polit-ökonomischer Konflikte um den kritischen Stellenwert von Infrastrukturen (1), um daraufhin ihrer Rolle an der Schnittstelle von außenwirtschaftspolitischer Handels- und Investitionsliberalisierung und globalisierten Politiken der Privatisierung nachzugehen (2). Der dritte Abschnitt widmet sich einer kritischen Diskussion dieser Entwicklungen als spezifische Form neoliberal-internationalisierter Verstaatlichung („neuer Konstitutionalismus“) (3). Auf dieser Grundlage wird auf aktuelle Konfliktfelder und Widersprüche rund um das internationale Handelsregime für Dienstleistungen und die aktuelle Konjunktur von sog. „FDI-Screening“-Maßnahmen in der COVID-19-Krise reflektiert (4). Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf kommende Auseinandersetzungen.

Infrastrukturen als umkämpftes Terrain: Was folgt dem neoliberalen Experimentierfeld?

Nicht erst seit der COVID-19-Krise erfahren Infrastrukturen in unterschiedlichsten Feldern vermehrte Zuwendung: Dies reicht von vornehmlich sicherheitspolitisch aufgeladenen Schutzprogrammen für kritische Infrastruktur über umfassendere Diskussionen zum Verständnis von „Kritikalität“ und „Vulnerabilität“ (Engels/Nordmann 2018, van Laak 2019: 229ff.) bis zur ihrer tragenden Rolle für eine sozial-ökologische Transformation (Bärnthaler/Novy/Plank 2021). Große gesellschaftliche Umbauprozesse im Zeichen von Re-Regionalisierung und Globalisierung, Digitalisierung, COVID-19 und Klimakrise erhöhen infrastrukturelle Erwartungen und befeuern ein weitläufiges Verständnis von Infrastrukturen.

Angesichts dessen lassen sich auch die vermehrten Auseinandersetzungen um den verbesserten Schutz von Infrastrukturen nicht auf exklusiv sicherheitspolitische und technologische Risikoerwägungen reduzieren. In den Vordergrund rückt vielmehr ein erweitertes Verständnis von gesellschaftlichen Risiken und schützenswerten Bereichen, dass insbesondere die Protektion sozialer und ökonomischer Infrastrukturen vor den Verwerfungen radikalisierte Marktvergesellschaftung sowie die Rückgewinnung wirtschaftsdemokratischer Handlungsspielräume in Bereichen der sog. „Alltagsökonomie“ einschließt (Plank/Prausmüller 2020). Unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten wird damit auch ein reflexhaftes Wackeln mit „Protektionismus-Fahnen“ zum Hemmnis für ein sozial, ökologisch und demokratisch tragfähiges Wirtschaften „Post-Corona“. Bereits vor der COVID-19-Krise häuften sich die Befunde, dass Staaten versuchen das Spannungsverhältnis zwischen „Ökonomie“ und „Sicherheit“ in juristischen Rahmenwerken hyperglobalisierter Marktliberalisierung stärker auszureizen, indem sie sich auf nationale Sicherheitsziele berufen (Roberts/Moraes/Ferguson 2019). Doch nicht nur in diesem Zusammenhang sind die gesellschaftlich umkämpften Grenzziehungen zwischen „Protektion“ und „Protektionismus“ in Bewegung gekommen. Auch angesichts der COVID-19-Krise ist zunehmend fraglich, ob Phänomene wie z.B. wirtschaftliche

Re-Regionalisierung, vermehrte Schutzbedürfnisse in Bereichen der Daseins- sowie Krisenvorsorge sowie Forderungen nach einer aktiveren wirtschaftspolitischen Rolle des Staates innerhalb von Strategien der Versicherheitlichung („securitization“) eingefangen werden können. Diese Verschiebungen fordern neoliberal überdehnte handels- und investitionspolitische Regelwerke heraus, die aufgrund ihrer mangelnden Responsivität gegenüber gesellschaftlich legitimen Schutzmotiven in den letzten Jahren immer mehr selbst zum Krisenfall geworden sind. Umso mehr sind damit progressive Perspektiven für eine Renaissance des Öffentlichen und neue Weichen für die Weltwirtschaft gefordert (Raza 2020, Becker/Prausmüller 2017, Bärnthaler/Novy/Plank 2021).

Diese Entwicklungen werden durch die fortgesetzten Konflikte grundiert, die aus der stark marktgetriebenen geprägten Transformation von öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen in den letzten Jahrzehnten resultieren: Die Trias von Liberalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung sowie austeritätspolitische Politiken der leeren Kassen haben viele dieser Bereiche zu Ruinen neoliberaler Reformtätigkeit gemacht (Prausmüller/Wagner 2014, Sack 2019, Feigl 2020). Der aktuellen Aufmerksamkeit für infrastrukturelle COVID-19-Stresstests und Krisenresilienz geht daher eine Geschichte großflächiger Demontage, aber auch verstärkter Gegenbewegungen für eine Rückkehr des Öffentlichen voraus. Die aktuellen Auseinandersetzungen zur kritischen Rolle von Infrastrukturen bleiben im Lichte dieser Vorgeschichte zweischneidig: Bereits vor der neu entdeckten, COVID-19 bedingten Hinwendung zum öffentlichen Schutz von Infrastrukturen wurde eine „Krise der Privatisierung“ attestiert (früh z.B. Candeias/Rilling/Weise 2009). Insbesondere auf kommunaler Ebene zeigen sich zudem vermehrte Gegenbewegungen für eine gesellschaftliche Wiederaneignung öffentlicher Dienstleistungen (zur Rekommunalisierungs-Debatte Paul in diesem Heft). Zugleich weckt die Pandemie ein vermehrtes Interesse von institutionellen Investoren an rentablen Anlagefeldern in Bereichen kritischer Infrastruktur (Plank/Prausmüller 2020).

Vor diesem widersprüchlichen Hintergrund zeigen sich markante außenwirtschaftspolitische Verschiebungen: Standen vormals insbesondere Liberalisierungsprojekte im Rahmen der Handelspolitik (vom WTO-Dienstleistungsabkommen GATS bis hin zum gescheiterten EU-USA-Abkommen TTIP) und EU-induzierte Binnenmarkt-Liberalisierungen von größtenteils netzgebundenen öffentlichen Dienstleistungen im Vordergrund (Deckwirth 2010, Hermann/Flecker 2012), sind mittlerweile ausdrücklicher geoökonomische Motive in der globalisierten Infrastrukturpolitik anzutreffen. Darauf verweisen nicht nur rezente Versuche für Gegeninitiativen zur chinesischen „Belt and Road“-Initiative (wie etwa im Rahmen der G7), sondern auch der Ausbau von staatlichen Kontrollmöglichkeiten gegenüber strittigen ausländischen Direktinvestitionen in strategischen Infrastruktur-Bereichen (sog. „FDI-Screenings“). Die aktuelle Hochkonjunktur von Themen der Versorgungssicherheit, der wirtschaftlichen Resilienz und Souveränität setzt also auf einer fortgesetzten Erosion der neoliberal geprägten *Global Economic Governance* der 1990er- und 2000er-Jahre auf. Neu-konstitutionalistische Politiken – wie z.B. im Rahmen der Welthandelsorganisation, von megaregionalen Freihandelsprojekten oder der EU – standen folglich bereits vor der COVID-19-Krise stark unter Druck. Die verstärkten Spannungen zwischen Prozessen der Neoliberalisierung, Versicherheitlichung („securitization“) und Deglobalisierung sind umso mehr wesentliche Treiber für nun laufende Diskussionen über die Grenzen und Möglichkeiten eines weltwirtschaftlichen Paradigmenwechsels „Post-Corona“ (Orbie/De Ville 2020; Raza 2020).

Zwischen außenwirtschaftlicher Expansion und globalisierter Privatisierungspolitik

Wie sich die COVID-19-Krise und ihre Folgewirkungen weiter einordnen lassen, beschäftigt insbesondere auch das Debattenfeld der heterodoxen Internationalen Politischen Ökonomie. Die polit-ökonomischen Transformationen der letzten Jahrzehnte folgen dort einer anderen Leseart, wenn es um die Stichwörter „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ geht. Die pauschale Rede von einem „Rückzug des Staates“ und „mehr Markt, weniger Staat“ stieß in vielen IPÖ-Arbeiten frühzeitig auf Skepsis. Die dabei gemachten Einwände sind vor allem auch für die Auseinandersetzung mit globalisierten Prozessen der Privatisierung und der erweiterten Macht neu formierter globaler „Governance“-Strukturen relevant. Diese sind zwar gegenwärtig schwer unter Druck und zunehmend dysfunktional. Doch sie sollten dennoch nicht als wichtige Vorkehrungen und Vehikel für das „befremdliche Überleben“ (Crouch 2011) neoliberaler Politiken in und durch Krisen unterschätzt werden.

Diese Überlebensfähigkeit baut auf einem grundlegenden Umbau von staatlichen Funktionen und Einflussfeldern – etwa wenn es um die selektive Auf- und Abwertung von bestimmten Staatsapparaten (z.B. in Bereichen der Sicherheit, Finanz, Wirtschaft, Soziales) oder ihre Neuaufteilung zwischen unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen („scales“) geht. Die daraus resultierende Neuordnung „strategischer“ (Jessop 1990) und „skalarer“ (Brand 2008) Selektivitäten betrifft umso mehr auch das Verhältnis zwischen vornehmlich öffentlichen, im nationalstaatlichen Rahmen eingebetteten Infrastrukturen und die Entstehung einer stärker internationalisierten Wettbewerbsstaatlichkeit. Dieser Fokus auf die Verschiebung strategischer und skalarer Selektivitäten verdeutlicht, wie etwa bestimmte ökonomische, politische und soziale Prioritäten, Zugangs- und Einflussmöglichkeiten staatlich auf- und abgewertet werden. Mit der pauschalen Diagnose eines „als solchem“ geschwächten Staates ist hingegen einem herrschaftskritischen Verständnis dieser Topographie wenig geholfen. In allen ihren Phasen zeigte globalisierte Privatisierungspolitik nicht nur eine bemerkenswerte Wandlungsfähigkeit, sondern auch nachhaltige Auswirkungen auf eine „Post-Demokratisierung“ staatlicher Institutionen, die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und die Desorganisation alternativer Politiken (siehe u.a. Sack 2019, Plank/Prausmüller 2020). Von ihrer frühen Proto- und Pionierphase über die folgenden Etappen der Ausbreitung und Konsolidierung bis hin hier zu ihrer gegenwärtigen Erosion und Krise zeigt sich wiederholt ein spezifisches Muster *neoliberaler Verstaatlichung*. Das Aushöhlen und Zerschlagen wohlfahrtsstaatlicher Strukturen (roll-back) lässt sich demnach nicht losgelöst vom Ausrollen neuer, markt- und wettbewerbszentrierter Formen internationalisierter Staatlichkeit verstehen (Peck/Tickell 2002, Brand 2008). Diese Doppelbewegung von staatlicher Reorganisation (roll-back & roll-out) hat in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von unterschiedlichen Formen globalisierter Privatisierungspolitik angenommen: Sie reichen von den frühen Strukturanpassungsprogrammen im Globalen Süden und den neoliberalen Konditionalitäten internationaler Finanzinstitutionen („Washingtoner Konsensus“) bis zur steigenden Relevanz von Freihandels- und Investitionsabkommen für die politisch-rechtliche Unterstützung der Expansion transnationaler Infrastrukturkonzerne seit den 1990er-Jahren.

Neoliberal-internationalisierte Verstaatlichung: Risse im Gebälk

Diese Auseinandersetzungen finden auf einem Terrain statt, das deutliche Spuren einer jahrzehntelangen strukturellen Dominanz durch stark transnational ausgerichtete Wirtschaftsakteure trägt. Diese strukturelle Dominanz und die starke Rolle der Verrechtlichung von markoliberalen Politiken führten mitunter zur Analyse dieses neoliberal-internationalisierten Umbaus als eine „Form hegemonialer Verstaatlichung“ (Bieling 2007: 151). Diese neu-konstitutionalistische Agenda hat auch in Bereichen der öffentlichen Daseins- und Infrastrukturvorsorge seit den 1990er-Jahren erheblich an Relevanz gewonnen. Diese zielt darauf, den Handlungsradius öffentlicher Politiken marktkonform zu limitieren und die Disziplinierung demokratisch legitimierter Regulierungen zugunsten von offensiven Unternehmens- und Investoreninteressen zu forcieren (Krajewski 2010). Darüber hinaus bleibt es jedoch wichtig, die krisenhafte Entwicklung und widersprüchlichen Grundlagen dieses „neuen Konstitutionalismus“ im Blick zu behalten. Das Konzept selbst ist vor allem in der Auseinandersetzung mit der Ausdehnung und Durchsetzung eines globalisierten „disziplinierenden Neoliberalismus“ entstanden. Diese findet in der Entwicklung politisch-juridischer Rahmenwerke ihren Niederschlag, die insbesondere auch auf diese zwei Ziele ausgerichtet sind: „to prevent future governments from undoing commitments to a disciplinary neoliberal pattern of accumulation“ und gegenläufige Kräfte durch Strategien der „co-optation, domestication, neutralization and depoliticization“ einzudämmen (Gill 2002: 48).

Gegenüber diesem stärker politisch-institutionellen Fokus sind zudem zentrale ökonomische Treiber für das transnationalisierte Kapitalinteresse an Infrastrukturen im Blick zu behalten. Privatisierungen werden in historisch-materialistischen Ansätzen prominent als ein Form der „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2003) diskutiert. Als zentrale Treiber für globalisierte Privatisierungsbewegungen gilt demnach der Expansionsdrang überschüssigen Kapitals und die damit einhergehende Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten. Zeitliche Verschiebung und räumliche Ausdehnung sind dabei als grundlegende Mechanismen kapitalistischer Krisenbearbeitung zu verstehen. Die Kapitalintensität von Infrastrukturinvestitionen macht sie dafür besonders attraktiv: Als „fixed capital embedded in the land“ (Harvey 2003: 99) können vor allem physikalische Infrastrukturen (wie z.B. Verkehrs-, Kommunikations-, Energie-, (Ab)Wasser-netze sowie dazu gehörige Anlagen wie z.B. Häfen oder Pipelines) dazu dienen, überschüssiges Kapital zu absorbieren und zu binden. Infrastrukturen bringen somit nicht nur aufgrund ihres lokal verankerten Charakters einen sog. „spatial-“ bzw. „spatio-temporal fix“ zum Ausdruck. Die Doppeldeutigkeit von „fix“ kommt darüber hinaus auch aufgrund ihrer Rolle für das zwischenzeitliche Stabilisieren, „Reparieren“ und „Parken“ kapitalistischer Verwertungsprobleme zur Geltung (vgl. Harvey 2003, Wissen/Naumann 2008). Betont wird darüber hinaus ihre Konflikthaftigkeit: Denn in Fragen der Gestaltung von und Kontrolle über Infrastrukturen können vornehmlich politisch-territoriale und kapitalistische Machtlogiken zugleich stark kollidieren. Das zeigt sich zuletzt in Investitionsschutzkonflikten zwischen transnationalen Infrastrukturkonzernen und nationalen Regierungen oder in aktuellen, stärker geoökonomisch aufgeladenen Konflikten zur Investitionskontrolle chinesischer ausländischer Direktinvestitionen in kritischen Infrastrukturbereichen (wie z.B. Hafenanlagen). Dazu kommen die widersprüchlichen Effekte, die derartige kapitalistische Landnahmen auch im öffentlichen Infrastrukturbereich

gewissermaßen zeitversetzt zeitigen können: „So kann beispielsweise der Staatssektor, der einst zur Einbettung der Kapitalakkumulation aufgebaut wurde, später selbst zum Objekt der Landnahme werden“ (Schmalz 2018: 57).

Während diese Analyseperspektiven – von neu-konstitutionalistischen Projekten neoliberaler Verstaatlichung bis hin zur bindenden Rolle von Infrastruktur für überschüssiges, transnational agierendes Kapital – durchaus instruktiv für eine Auseinandersetzung mit globalisierten Privatisierungsprozessen sind, wird in ihrer kritischen Diskussion insbesondere auf zweierlei hingewiesen: *Erstens* gilt die Kritik einer zu starken „top down“-Perspektive und einem „uni-direktionalen“ Blick auf disziplinierende Sachzwänge, deren Anpassungsdruck gleichsam „von oben“ relativ nahtlos auf lokale und/oder nationale Prozesse durchgereicht wird (Brenner/Peck/Theodore 2014). Und *zweitens* – durchaus mit Überlappungen – lautet die Kritik, dass zu stark auf die absichernde Funktion dieser internationalisierten Staatlichkeit abgestellt wird, doch ihre Rolle für die Bearbeitung von konkurrenzvermittelten Interessen und damit einhergehende Widersprüche zu kurz kommen (Brand 2008, Wissen/Naumann 2008). Diese Befunde sind insbesondere auch für die außenwirtschaftliche Liberalisierungspolitik von Infrastrukturen und Leistungen der Krisen- und Daseinsvorsorge relevant: Ihre politische Konflikthanfälligkeit resultierte in der Vergangenheit nicht zuletzt daraus, dass die Herstellung sozialer, wirtschaftlicher und räumlicher Kohäsion einer der größten Schwachpunkte dieser neoliberalisierten Formen von Staatlichkeit ist (vgl. Brand 2008: 181).

Das zeigt sich gerade angesichts verschärfter Versorgungskrisen und geoökonomischer Rivalitäten besonders deutlich: die Fragmentierung und Polarisierung in ehemals Domänen neu-konstitutionalistischer Politiken – wie etwa der WTO – nimmt noch weiter zu. Zuvor eingeschlagene Ausweichstrategien – wie etwa eines sog. „forum-shifting“ (Braithwaite/Drahos 2000) von Verhandlungen auf die bilaterale Ebene oder das Filetieren von Großprojekten in vermeintlich leichter durchsetzbare Einzelteile – zeigen erhebliche Erosionserscheinungen. Versuche zur Wiederbelebung der transatlantischen Liberalisierungsachse und entsprechender politischer Projekte zwischen den USA und der EU zeigen bislang keine Mobilisierungskraft (Chase 2021). In der gegenwärtigen Krisenkonstellation steigt umso mehr der Bedarf, die widersprüchlichen Verfasstheit des neuen Konstitutionalismus in seiner Doppelnatur als strukturierendes Terrain für politische Auseinandersetzungen sowie als das „Umkämpfte selbst“ stärker zu berücksichtigen (vgl. Sekler/Brand 2011). Infolge gilt das Augenmerk zwei beispielhaften neu-konstitutionalistischen Betätigungsfeldern: Sie betreffen zum einen die widersprüchlichen Verlaufsformen des internationalisierten Regimes zur Liberalisierung von Dienstleistungen und zum anderen die besondere Konjunktur von sog. „FDI-Screenings“ für kritische Infrastrukturen in der COVID-19-Krise.

Aktuelle Konfliktfelder und Widersprüche

Am Beispiel des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS lässt sich zunächst zeigen, dass die „analytische Einseitigkeit“ (Borg 2001: 217), die mit der Konzeption des neuen Konstitutionalismus assoziiert wird, durchaus einen empirischen gut begründeten Kern hat. Beispielsweise hat die dominante Machtposition von Wirtschaftslobby-Verbänden nicht nur die Formierung des GATS-Regelwerks und seine prioritäre Ausrichtung auf

das Ziel fortschreitender Liberalisierung geprägt. Dieser Bias setzt sich darüber hinaus bis heute im Rahmen sog. „GATSplus“-Verhandlungen fort (wie etwa dem Folgeprojekt TiSA), auch die Intransparenz und Exekutivlastigkeit derartiger Verhandlungen sind eine wirkmächtige Konstante. Zu erinnern ist auch an die Formen „reversen Lobbyings“, die von der Europäischen Kommission damals für den Aufbau einer offensiven Liberalisierungscoalition und europäischen „business voice“ für die Dienstleistungsverhandlungen ausgingen: Die EK unterstützte so etwa auch proaktiv die Entwicklung und Gründung des European Services Forum (ESF), das bis heute einer der wichtigsten Knotenpunkte für die Vernetzung und Interessensorganisation transnationaler Dienstleistungskonzerne ist (Deckwirth 2010: 225f.). Doch im Gegenzug machen die widersprüchlichen Verlaufsformen der GATS-Agenda und zum Teil enttäuschte Liberalisierungserwartungen für Infrastruktur- und Daseinsvorsorgeleistungen deutlich: Die Strukturierungswirkungen griffen etwa in den sog. GATS 2000-Verhandlungen dort am stärksten, wo auf bereits durchgesetzte Privatisierungen und Liberalisierung aufgesetzt werden konnte. Es geht also tendenziell mehr um Verstärkung und Absicherung (etwa durch Auslandsexpansion vormals privatisierter Netzwerkindustrien), gleichsam „von oben“ durchgereichte Liberalisierungen mit der „Brechtstange“ haben sich hingegen als weitaus weniger durchsetzbar erwiesen (wie etwa im Bereich der Wasserversorgung).

Standen hinter der Pionierphase des GATS zunächst konzertierte Anstrengungen, auf internationaler Ebene vorherige Terraingewinne für Privatisierungen zu verfestigen und zu verallgemeinern, hat der dabei attestierte „deregulatorische Verve“ (Delimatsis 2020: 158) merklich an Schwung verloren. Von ca. Mitte der 1990er-Jahre bis in die 2000er-Jahre stellte das GATS hingegen einen wichtigen Dreh- und Angelpunkt für die institutionell-rechtliche Konstitution internationalisierter Dienstleistungsmärkte dar. In Kontrast dazu stand das internationale Handelsregimes des sog. „eingebetteten Liberalismus“ (Ruggie 1982): Dienstleistungen – und noch eindeutiger: Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastrukturen als tragende Säule einer „mixed economy“ – galten gemeinhin als sog. „non-tradeables“. Das GATS – und daran schließende Verhandlungen zu sog. „GATSplus“-Abkommen – ist hingegen auf viel weiterreichendere außenwirtschaftliche Handels- und Investitionsliberalisierungen ausgerichtet. Das daran knüpfende Ziel fortschreitender Liberalisierung kann entlang von zwei Dimensionen gut umrissen werden: Zum einen besteht ein Fokus darauf, den Zugang für transnational orientiertes Dienstleistungskapital zu neuen Geschäftsfeldern zu erweitern (sog. „market access negotiations“). Damit können eine Reihe von Verboten zur Markbeschränkung in den jeweiligen Dienstleistungsmärkten einhergehen (wie z.B. Monopole und Exklusivrechte für öffentliche Betreiber, Anwendung ökonomische Bedarfsprüfungen, Vorschreibung bestimmter Rechtsformen, Begrenzungen ausländischer Kapitalbeteiligungen, etc). Zum anderen zielen diese Verhandlungen darauf, für die sog. „Post-Establishment“-Phase, also nach erfolgtem Markteintritt, innerstaatliche Regulierungen wettbewerbslich anzupassen (sog. „rules negotiations“). Diese Zielbereiche für eine kompetitive (De)Regulierung sind weitaus unschärfer, was nicht zuletzt mit der Dehnbarkeit des Verständnis von sog. „nicht-tarifären Handelshemmnissen“ zu tun hat (Raza 2014: 76) Davon können z.B. Tests von Regulierungen auf ihre Marktkonformität, Qualitäts- und Zulassungserfordernisse oder auch Konzessionsvergaben erfasst sein. Bis in die 2000er-Jahre konnten in diesem Rahmen beispielsweise umfassende Liberalisierungen in Sektoren wie z.B. Finanzdienstleistungen und Telekommunikation gebunden

werden. Das GATS selbst umfasst weit über 100 Sub-Sektoren von Dienstleistungen, eine Aufnahme der Wasserversorgung ist den sog. GATS-2000 Verhandlungen hingegen gescheitert (Deckwirth 2010).

Die seit den 2000er-Jahren vermehrt einsetzende Krise des GATS wird vor allem auch im Lichte der „Krise des Privatisierungs- und Liberalisierungsdogmas auf nationalstaatlicher Ebene“ eingeordnet (Krajewski 2010: 389). Das darauf folgende „forum shifting“ der EU, USA, u.v.m. weg von der stockenden WTO hin zu ambitionierteren bilateralen Projekten mit einzelnen Handelspartnern führte wiederholt zu widersprüchlichen Ergebnissen. So unternahm die Europäische Kommission beispielsweise im Jahr 2011 den strategischen Vorstoß, die Behandlung von öffentlichen Dienstleistungen in bilateralen Handels- und Investitionsabkommen neu zu regeln. Das dafür lancierte sog. „Reflexionspapier“ war von der Zielsetzung getragen, mehr Spielraum für handelspolitische Zugeständnisse und Forderungen in diesen Bereichen zu gewinnen. Bisherige Schutzbestimmungen – die aus Sicht der EK zu weit und vage gefasst waren – sollten daher möglichst limitiert werden. Im Gegenzug galt das Augenmerk der EK darauf, in bereits stärker privatisierten Bereichen Spielraum für eine offensivere Verhandlungsführung zu gewinnen: Das spiegelte sich mitunter in der markanten Formulierung „Where privatised, of offensive commercial interest to both EU and foreign service suppliers“ (EC 2011: 2). Der Fokus richtete sich dabei insbesondere auf die sog. Netzwerkindustrien im Post-, Verkehrs-, Energie-, Telekommunikations- und Umweltbereich (inkl. Wasser- und Abwasserentsorgung). Im Gegenzug wurde die EK jedoch von Widerständen eingeholt, die bereits stark in den GATS 2000-Verhandlungen aufgetreten waren (vgl. Raza 2014, Deckwirth 2010). Diese gingen mitunter von zivilgesellschaftlichen, kommunalen und gewerkschaftlichen Verbänden sowie Mitgliedstaaten mit stärker föderal-kommunal verankerter Daseinsvorsorge wie Deutschland und Österreich aus. Während dadurch etwa neuerliche Liberalisierungsversuche im Wassersektor frühzeitig eingedämmt werden konnten, bleibt das Gesamtbild durchwachsen. Denn ebendort, wo bereits innerhalb des EU-Binnenmarkts sektorale Liberalisierungen weitgehend durchgesetzt worden sind (wie etwa im Postbereich) oder mittlerweile relativ starke Überlappungen zwischen privaten und öffentlichen Anbietern bestehen (z.B. Gesundheitsbereich) bleiben derartige Handels- und Investitionsabkommen der neuen Generation ein fortgesetztes Risiko für Regulierungsspielräume im öffentlichen Interesse. Dieses resultiert gerade aus der technokratischen Abschirmung entsprechender Liberalisierungsschritte: Zwar signalisieren insbesondere auch die öffentlichen Proteste gegen Abkommen wie TTIP, CETA oder TiSA jedenfalls einen hohen demokratiepolitischen Diskussionsbedarf. Während sich die Legitimationskrise der EU-Handels- und Investitionspolitik in den letzten Jahren jedoch erheblich verschärft hat, bleibt sie in einer stark ausgeprägten strategischen Selektivität zugunsten von wirtschaftsnahen Lobbygruppen, einem Bias zugunsten marktliberal verengter ökonomischer-juristischer Expertise sowie in einer starken Exekutivlastigkeit verhaftet. Die Teilerfolge liberalisierungskritischer Akteure haben vornehmlich defensiven und singulären Charakter, gegenüber paradigmatischen Verschiebungen wie z.B. einer vollständigen Herausnahme öffentlicher Dienstleistungen aus Freihandels- und Investitionsschutzabkommen oder einer flexibilisierten Rücknahmemöglichkeit einmal eingegangener Liberalisierungs-Verpflichtungen bleiben diese neu-konstitutionalistischen Projekte weiterhin abgeschirmt (Krajewski 2015, Dupré 2019). Offensichtlich bestehen auch fortgesetzte Begehrlichkeiten, künftig die

Reichweite derartiger Abkommen gerade auch in sensiblen infrastrukturpolitischen Bereichen wie z.B. die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen, Subventionen, staatliche Unternehmen sowie Public-Private-Partnerships (PPP) zu erweitern. Zugleich sind ambitionierte handels- und investitionspolitische Flaggschiffprojekte wie etwa TTIP und TiSA auf absehbare Zeit ausgesetzt.

Diese widersprüchliche Krisenkonstellation bringt sowohl für die ProponentInnen als auch KritikerInnen dieser Liberalisierungsagenda unsichere Einschätzungen mit sich. Sog. „mega-regionale“ Großprojekte werden derzeit selbst im Kreis ihrer hartnäckigsten PromotorInnen (wie z.B. der Europäischen Kommission oder des Lobbyverbands European Services Forum) aufgrund der derzeit fehlenden Realisierungschancen für ihre rollende Agenda eher auf kleinere Teile filetiert und im handelspolitischen „Eiskasten“ gehalten. Diese sollen hingegen aufgetaut und neuerlich mobilisiert werden, wenn – wie es etwa in Zusammenhang mit dem TiSA-Projekt heißt – die „Zeit reif dafür“ sei (ESF 2019). Auch derzeit anzutreffende, kleinere Einzelinitiativen zwischen liberalisierungsaffinen Staatengruppen sind derzeit vor allem darauf ausgerichtet, Einigungsfähigkeit zu signalisieren und kritische Verhandlungsmasse innerhalb der WTO aufzubauen. Dass mit dieser Politik der „kleinen Schritte“ bzw. „low-hanging fruits“ jedoch der Weg für einen neuerlichen Liberalisierungsschub im multilateralen WTO-Rahmen gebahnt wird, bleibt für die nähere Zukunft unrealistisch. Die COVID-19-Pandemie wirkt in diesem Zusammenhang nicht nur auf einer institutionellen Ebene krisenverschärfend – angesichts der Absage der letzten WTO-Ministerkonferenz aufgrund der aufkommenden Omikron-Variante. Die ohnehin bereits starken Polarisierungen und Pattstellungen zwischen führenden Staaten des geschrumpften neoliberal-restaurativen Lagers (wie etwa der EU, UK und Japan) und Staaten des Globalen Südens haben sich zuletzt vor allem angesichts des Deadlocks im Streit um die Freigabe von geistigen handelsbezogenen Eigentumsrechten für kritische Gesundheitstechnologien und -güter (wie z.B. COVID-19-Impfstoffe und Therapeutika) nochmals verschärft (Oberndorfer/Prausmüller 2021).

Eine explizitere, unmittelbare Auswirkung der COVID-19-Krise auf die außenwirtschaftliche Protektion von kritischen Infrastrukturen zeigt sich hingegen im Feld sog. „FDI-Screenings“. Es handelt sich dabei um ein breites Set von Überprüfungsmechanismen, mithilfe derer „die Prüfung, Untersuchung, Genehmigung, Knüpfung an Bedingungen, Untersagung oder Rückabwicklung ausländischer Direktinvestitionen“ staatlich angeordnet werden kann (Art. 2 Abs. 4 der VO (EU) 2019/452; Madner/Mayr 2019). Diese Überprüfungsmöglichkeiten stehen insbesondere auch im Spannungsfeld zur neu-konstitutionalistischen Abwehrhaltung gegenüber marktbegrenzenden Regulierungen sowie etablierten Beschränkungsverboten im Bereich der Kapitalverkehrsfreiheit. Bereits vor der COVID-19-Krise zeigte sich ein weltweiter Trend zur Einführung bzw. zum Ausbau von FDI-Screenings. Insbesondere im Jahr 2020 hat sich dieser im Zeichen der COVID-19 Krise drastisch verstärkt (UNCTAD 2021). Mit Blick auf den Schutz kritischer Infrastrukturen zeigen sich dabei zwei bemerkenswerte Verschiebungen.

Erstens zeigt sich eine markante Ausweitung des Verständnisses von „kritischer Infrastruktur“. Über konventionellere Bereiche wie z.B. Energie, Transport, Informations-, Kommunikations-, Wasser- und Gesundheitsversorgung, Finanzwesen hinaus werden damit vermehrt auch verarbeitende Bereiche wie etwa Ernährungsindustrie, aber auch

die Herstellung von Arzneimitteln und Impfstoffen abgedeckt (etwa auch im Zuge der Novelle der deutschen Regelungen). In den USA ist ein derart erweitertes Verständnis bereits länger etabliert: Von den dort identifizierten kritischen Infrastrukturen sind beispielsweise auch „kritische verarbeitende Industrien“ wie Grundstoffindustrie, Maschinenbau, Elektroindustrie und die Herstellung von Transport-Equipment umfasst¹. Vor diesem Hintergrund könnte die COVID-19-Krise etwa auch ein Möglichkeitsfenster dafür öffnen, diese Ausweitung von „Kritikalität“ für den Rückgewinn wirtschaftsdemokratischer Spielräume stärker zu nutzen. Beispielsweise fußen Ansätze zum Ausbau der sog. „foundational economy“ bereits jetzt auf einem weiten Verständnis von sozialen, ökonomischen und ökologischen Infrastrukturen. Auf Basis eines derart erweiterten Verständnisses von „Kritikalität“ ließen vor allem auch Schritte zur sozial-ökologischen Transformation strategisch wichtiger Wirtschaftsbereiche progressiv orientieren (Bärnthaler/Novy/Plank 2021).

Zweitens hat die COVID-19-Krise dazu geführt, dass eine Engführung von FDI-Screenings auf sicherheitspolitische Risikobegründungen („Gefährdung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung“) und sog. „adversarial capital“ (mit Hauptfokus auf chinesische FDI) noch mehr an ihre Grenzen stößt. Bereits vor der COVID-19-Krise zeigte sich eine starke Überlappung mit industriepolitischen Schutzmotiven. Diese zeigte sich z.B. in geoökonomisch besonders exponierten Bereichen kritischer Technologieentwicklung und in Strategien zum Aufbau digitaler „Champions“ (mit prominenten Konfliktfällen wie z.B. der Übernahme des Robotik-Herstellers Kuka in Deutschland). Damit einhergehende Strategien der Versicherheitlichung führen jedoch tendenziell dazu, aktivere staatliche Wirtschaftspolitiken in einem neoliberal verträglichen Deutungsrahmen zu halten. Eine interessante Verschiebung zeigte sich in der Frühphase der Pandemie im Diskurs der EK: Die EU-Mitgliedstaaten wurden im Frühjahr 2020 zu verschärften Überprüfungsmechanismen und vorbeugenden Maßnahmen gegenüber einem „Ausverkauf“ aufgerufen – wobei u.a. eine Fokussierung auf staatsnahe Investoren entfiel. Die Leitlinien schlossen zudem auch explizit den verstärkten Schutz öffentlicher Dienstleistungen ein (vgl. EC 2020). Perspektivisch könnte die globale Zunahme von FDI-Screenings möglicherweise auch Wege für eine progressive Neubegründung öffentlichen Eigentums eröffnen: Denn Regierungen versuchen mit diesen Maßnahmen letztlich auch ein Gegengewicht zum wirtschaftspolitischen Kontrollverlust herzustellen, der aufgrund vormals vorgenommener Privatisierungen von staatlichem Eigentum und infrastrukturrelevanten Unternehmen besteht (UNCTAD 2019).

Die deutsch-europäische Aufregung in der Frühphase der Pandemie um eine potentielle Übernahme des deutschen Impfstoffherstellers Curevac (inklusive der Involvierung des damaligen US-Präsidenten Trump) trug zudem nicht nur dazu bei, die geoökonomische Fixierung auf den „systemischen Rivalen“ China zu lockern. Die COVID-19-Krise hat auch darüber hinaus Bewegung in ein zu enges, sicherheitspolitisch verkürztes Verständnis von Kritikalität, Versorgungssicherheit und außenwirtschaftspolitisch legitimen Schutzmaßnahmen gebracht. Im Fall von Curevac kam es beispielsweise zu einer öffentlichen Beteiligung. Möglicherweise erwachsen aus diesen Widersprüchen auch Chancen, die durch die COVID-19-Krise ausgelösten Debatten zu außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten, strategischer Autonomie, Krisenresilienz und Versorgungssicherheit stärker mit Fragen notwendiger gesellschaftlicher Protektion und wirtschaftsdemokratischer Handlungsspielräume zu verbinden. Rezente Arbeiten weisen in diese Rich-

tung, indem sie die Blindstellen neu-konstitutionalistisch verkürzter Maßnahmen zum Investment Screening thematisieren (siehe z.B. Bonnitcha 2020 und Plank in diesem Heft). Denn die COVID-19-Krise macht vor allem auch das erweiterte öffentliche Interesse an einem Schutz kritischer sozialer Infrastrukturen wie etwa Gesundheit, Wohnen und Pflege vor problematischen Geschäftsmodellen deutlich. Die Frage nach dem Schutz von kritischer Daseins- und Infrastrukturvorsorge vor Privatisierungen und der außenwirtschaftlichen Expansion von shareholdergetriebenen Investoren (wie z.B. private equity-Fonds) stellt dabei einen weiteren wichtigen Hebel dafür dar, eine Politik des Öffentlichen künftig zu stärken.

Ausblick

Die gegenwärtigen Vielfachkrisen führen weltweit Gesellschaften an ihre Belastungsgrenzen. Sowohl die Tragweite der ökonomisch-ökologische Zangenkrise (Dürre in diesem Heft) als auch die fortlaufende COVID-19-Pandemie zwingen dazu, den Blick für das kurzfristig Dringliche und das langfristig Wesentliche zu schärfen. *Kurzfristig dringlich* erscheint hier unter außenwirtschaftspolitischen Gesichtspunkten, dass die derzeit intensivierten Debatten zu Versorgungssicherheit, Krisenresilienz und strategischer Autonomie nicht in einer neuerlichen Runde des „befremdlichen Überlebens“ (Crouch) von konzerntgetriebener Handels- und Investitionspolitik münden. Insbesondere auch die Europäische Kommission agiert in der verschärften Krise des neuen Konstitutionalismus vornehmlich als eine Schutzmacht neoliberaler *Global Economic Governance*. In der COVID-19-Krise verhärten sich dabei die Anzeichen, dass die EK verstärkt eine strategisch selektiv-protektive Wendung in ihrer hyperglobalistischen Handels- und Investitionspolitik verfolgt. Diese selektiv-protektive Wende kommt einem Amalgam gleich, in dem eine neoliberal ausgerichtete Globalisierungspolitik mit einer vermehrten Geopolitisierung staatlicher Markteingriffe verschmilzt. Die nunmehrige Aufwertung staatlicher Markteingriffe soll dabei vor allem auf ihren Beitrag zu einer „wehrhaften Marktwirtschaft“ beschränkt werden und der geoökonomischen Aufrüstung in einem global verschärften Konkurrenzkampf dienen (Prausmüller 2019, Gersemann 2019, ERT 2021). Die avisierte staatliche Wehrhaftigkeit richtet sich somit auf eine Abwehr von sog. „Marktverzerrungen“, während im Gegenzug weiter Liberalisierungsdruck nach „innen“ und „außen“ ausgeübt werden soll.

Selbst innerhalb des beschränkten Rahmens derartiger Rettungsversuche für neu-konstitutionalistische Politiken bleibt das sog. „Privatisierungs-Paradoxon“ (Trumbo Vila/Peters 2016: 20) ausgeblendet, das aus den Austeritätspolitiken im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008f. resultiert. Denn gerade auch mit den Privatisierungsaufgaben der Troika wurde der Einzug von chinesischen ausländischen Direktinvestitionen in Portugal und Griechenland in kritische Infrastrukturen befördert, zu deren vermehrten Schutz die EK nun im Zuge von FDI-Screening-Maßnahmen aufruft. Nicht nur vor diesem Hintergrund gewinnen die Widersprüche, die durch die COVID-19-Krise vertieft worden sind, nochmals an Relevanz. Diese Widersprüche speisen sich nicht zuletzt aus der erhöhten Sichtbarkeit von kritischen sozialen Infrastrukturen und ihrer tragenden Rolle für öffentliche Schutzinteressen in der COVID-19-Krise. Dazu kommen die verstärkten Debatten zur Verbesserung wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit und

zur Re-Regionalisierung versorgungskritischer Bereiche. Daraus können auch vermehrte Widersprüche zu den offensiven Interessen entstehen, die nach wie vor auf eine erweiterte Landnahme bzw. außenwirtschaftliche Markterschließung in Bereichen kritischer Infrastruktur und Daseinsvorsorge ausgerichtet sind. In laufenden Auseinandersetzungen ist daher einer Vermarktlichung und Geopolitisierung von Infrastrukturen umso mehr das öffentliche Interesse an ihrer Dekommodifizierung und solidarischen Gestaltung entgegenzuhalten.

Langfristig wesentlich bleibt zugleich, den kapitalistischen Expansionsdrang zu inneren und äußeren Landnahmen zu durchbrechen. Deswegen muss die „Hebung der Bodenschätze des Kapitalismus, als Verwandlung seiner nichtkapitalistischen Grundlagen in grundlagenbedürftige Geschäftsfelder: als Kommerzialisierung dessen, was besser unkommerzialisiert bliebe“ (Streeck 2019: 12) vor allem auch außenwirtschaftspolitisch unterbunden werden. Der Rahmen neoliberal-internationalisierter Staatlichkeit ist dafür denkbar ungeeignet. Neu-konstitutionalistische Liberalisierungs- und Investitionsschutzabkommen sind vielmehr entlang einer ihrer zentralen Zweckbestimmungen zu verstehen: Nämlich eine Art Versicherung gegenüber progressivem politischen Wandel zu sein. Dies zeigt sich beispielsweise, wenn gegen Bewegungen zur Deprivatisierung und Rekommunalisierung (vormals) öffentlicher Dienstleistungen mit Investitionsschutzklagen vorgegangen wird. Für die Auseinandersetzung mit wichtigen Gegenspielern wie etwa shareholdergetriebenen transnationalen Infrastrukturkonzernen bleibt es künftig wichtig, durch die Eindämmung ihrer Marktmacht ebenso ihre transnationale politische Macht und damit vor allem auch ihren über lange Jahre aufgebauten „corporate capture“ staatlicher Institutionen zurückzudrängen. Dabei geht es nicht zuletzt darum, das UN-Entwicklungsziel (SDG) des weltweiten Aufbaus „widerstandsfähiger Infrastrukturen“ nicht zum Spielball offensiver Geschäftsinteressen werden zu lassen (Stichwort: „green“ und „social washing“). Vor diesem Hintergrund könnte „Versorgungssicherheit nicht für wenige, sondern für alle“ bedeuten: Öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen als Fundament für eine solidarische Lebensweise zu legen, das weltweit gegenüber kapitalistischen Landnahmen geschützt werden muss. Denn auch in einer Welt „Post-Corona“ gilt: Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind.

Anmerkung

- 1 siehe dazu: <https://www.cisa.gov/critical-infrastructure-sectors> (z.a. 27.12.2021)

Literatur

- Babić, Milan (2021): The COVID-19 Pandemic and the Crisis of the Liberal International Order: Geopolitical Fissures and Pathways to Change, in: *Global Perspectives*, 2/1, 1–4.
- Bärnthaler, Richard/Novy, Andreas/Plank, Leonhard (2021): The Foundational Economy as a Cornerstone for a Social–Ecological Transformation, in: *Sustainability*, 13/18, 1–19.
- Becker, Joachim/Prausmüller, Oliver (2017): Editorial zum Schwerpunktheft „Neue Weichen für die Weltwirtschaft“, in: *Kurswechsel*, 3/2017, 3–14.
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – Staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie, in: Buckel, Sonja/et al (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang*, Baden-Baden, 143–160.
- Bonnitcha, Jonathan (2020): The return of investment screening as a policy tool, <https://www.iisd.org/itn/en/2020/12/19/the-return-of-investment-screening-as-a-policy-tool-jonathan-bonnitcha/> (z.a. 27.12.2021)
- Borg, Erik (2001): *Projekt Globalisierung. Soziale Kräfte im Konflikt um Hegemonie*, Hannover.
- Brand, Ulrich (2008): Multiskalare Hegemonie. Zum Verhältnis von Führung, Herrschaft und Staat, in: Wissen, Markus/et al (Hg.): *Politics of Scale*, Münster, 169–185.
- Braithwaite, John/Drahoš, Peter (2000): *Global Business Regulation*, Cambridge.
- Brenner, Neil/Peck, Jamie/Theodore, Nik (2014): New constitutionalism and variegated neo-liberalization, in: Gill, Stephen/et al (Hg.): *New Constitutionalism and World Order*, Cambridge, 126–142.
- Candeias, Mario/Rilling, Rainer/Weise, Katharina (Hg., 2009): *Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen*, Berlin.
- CEO (2013): At your service: the European Services Forum’s privileged access to the EU Commission, <https://corporateeurope.org/en/trade/2013/02/your-service-european-services-forum-privileged-access-eu-commission> (z.a. 27.12.2021)
- Chase, Peter (2021): Enhancing the Transatlantic Trade and Investment Relationship, <https://www.wilsoncenter.org/article/enhancing-transatlantic-trade-and-investment-relationship> (z.a. 27.12.2021)
- Crouch, Colin (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*, Berlin.
- Deckwirth, Christina (2010): *Vom Binnenmarkt zum Weltmarkt. Die Liberalisierung und Globalisierung des europäischen Dienstleistungssektors*, Münster.
- Delimatsis, Panagiotis (2016): Trade in Services and Regulatory Flexibility: 20 years of GATS, 20 years of Critique, in: Bungenberg, Marc/et al (Hg.): *European Yearbook of International Economic Law 2016*, Basel, 153–173.
- Dupré, Mathilde (2019): Making trade serve the ecological and social transition, https://www.veblen-institute.org/IMG/pdf/doc_commerce-anglais.pdf (z.a. 27.12.2021)
- ESF (2019): *ESF Recommendations for the incoming European Parliament and Commission on Future EU Trade & Investment Policy*, Mai 2019.
- EC (2011): *Reflections Paper on Services of General Interest in Bilateral FTAs (Applicable to both Positive and Negative Lists)*, TRADE.B.1/SJ D(2011)
- EC (2020): *Communication from the Commission C(2020) 1981 final*, 25.3.2020.
- ERT (2021): *Making Open Strategic Autonomy work – European Trade in a Geopolitical World*, Brussels.
- EU (2019): *Verordnung (EU) 2019/452 vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union*.
- Engels, Jens Ivo/Nordmann, Alfred (Hg., 2018): *Was heißt Kritikalität? Zu einem Schlüsselbegriff der Debatte um Kritische Infrastrukturen*, Bielefeld.
- Feigl, Georg (2020): *Privatisierungen: Gewinne für wenige zu Lasten der Vielen*, in: Brauner, Renate/et al: *Wege zur Wohlfahrtsstadt*, Wiener Neustadt, 100–109.
- Gersemann, Olaf (2019): *Wehrhafte Marktwirtschaft*, https://www.welt.de/print/welt_kompakt/article186891050/Kommentar-Wehrhafte-Marktwirtschaft.html (z.a. 27.12.2021)
- Gill, Stephen (2002): Constitutionalizing Inequality and the Clash of Globalizations, in: *International Studies Review*, 4/2, 47–65
- Harvey, David (2013): *The New Imperialism*, Oxford/New York.
- Hermann, Christoph /Flecker, Jörg (Hg., 2012): *Privatization of Public Services. Impacts for Employment, Working Conditions, and Service Quality in Europe*, New York.
- Jessop, Bob (1990): *State theory: Putting the Capitalist State in its Place*, Cambridge.
- Krajewski, Markus (2010): Neoliberalismus und Konstitutionalismus im Weltwirtschaftsrecht: Entstehung, Krisen, Alternativen, in: *Kritische Justiz*, 4/2010, 384–393.

- Krajewski, Markus (2015): Public Service Exemptions in EU Free Trade and Investment Agreements, in: ders. (Hg.): *Services of General Interest Beyond the Single Market*, Den Haag/Berlin/Heidelberg, 243–272.
- Macias, Amanda (2021): Biden warns China is going to 'eat our lunch' if U.S. doesn't get moving on infrastructure, <https://www.cnn.com/2021/02/11/biden-says-china-will-eat-our-lunch-on-infrastructure.html> (z.a. 27.12.2021).
- Madner, Verena/Mayr, Stefan (2019): Rechtliche Probleme von außenwirtschaftlichen Schutzmechanismen zur Investitionskontrolle. Eine Analyse des österreichischen Außenwirtschaftsgesetzes im Kontext aktueller Reformvorhaben, Studie im Auftrag der AK Wien.
- Oberndorfer, Lukas/Prausmüller, Oliver (2021): Globale Impfungleichheit. Wer hat, dem wird gegeben, in: *infobrief eu&international*, 2/2021, 14–20.
- Orbie, Jan/De Ville, Ferdi (2020): Impact of the COVID-19 Crisis on EU Trade Policy: Our Five Cents to the Debate, United Nations University Policy Brief, 2/2020, <https://cris.unu.edu/sites/cris.unu.edu/files/PB-20.2%20-%20Jan%20Orbie%20and%20Ferdinand%20De%20Ville.pdf> (z.a. 27.12.2021).
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space, in: *Antipode*, 34/3, 380–404.
- Plank, Leonhard/Prausmüller, Oliver (2020): Das Geschäft mit dem Alltagsleben und kritischer Infrastruktur: Führt die COVID-19-Krise zu einem Paradigmenwechsel?, in: *infobrief eu&international*, 4/2020, 29–34.
- Prausmüller, Oliver/Wagner, Alice (Hg., 2014): *Reclaim Public Services. Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik*, Hamburg.
- Prausmüller, Oliver (2019): Die EU als Schutzmacht neoliberaler Global Economic Governance, in: *Kurswechsel*, 3/2019, 81–85.
- Raza, Werner (2014): Öffentliche Dienstleistungen in internationalen Handelsabkommen: Erfahrungen aus der GATS-2000-Debatte, in: Prausmüller, Oliver/et al. (Hg.): *Reclaim Public Services*, Hamburg, 65–85.
- Raza, Werner (2020): Was heißt zukunftsfähiges Wirtschaften Post-Corona?, <https://awblog.at/zukunftsfahiges-wirtschaften-post-corona/> (z.a. 27.12.2021).
- Roberts, Anthea/Moraes, Henrique Choer/Ferguson, Victor (2019): Toward a Geoeconomic Order in International Trade and Investment, in: *Journal of International Economic Law*, 22/4, 655–676.
- Ruggie, John (1982): International regimes, transactions, and change: embedded liberalism in the postwar economic order, in: *International Organization*, 36/2, 379–415.
- Sack, Detlef (2019): *Vom Staat zum Markt. Privatisierung aus politikwissenschaftlicher Perspektive*, Wiesbaden.
- Schmalz, Stefan (2018): *Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas und die große Krise*, Frankfurt/New York.
- Sekler, Nicola/Brand, Ulrich (2011): Eine „widerständige Aneignung“ Gramscis, in: Opratko, Benjamin/et al (Hg.): *Gramsci global*, Hamburg, 224–240.
- Streeck, Wolfgang (2019): Vorwort zur deutschen Ausgabe, in: *Foundational Economy Collective* (Hg.): *Die Ökonomie des Alltagslebens*, Berlin.
- Trumbo Vila, Sol/Peters, Matthijs (2016): *The Privatising Industry in Europe*, Transnational Institute.
- UNCTAD (2019): *World Investment Report 2019*.
- UNCTAD (2021): *Investment Policy Monitor*, No. 24, February 2021.
- van Laak, Dirk (2019): *Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur*, Frankfurt a. M.
- Wissen, Markus/Naumann, Matthias (2008): Die Dialektik von räumlicher Angleichung und Differenzierung: Zum uneven-development-Konzept in der radical geography, in: *ACME: An International Journal for Critical Geographies*, 7/3, 377–406.